

Deutsche MittelstandsNachrichten

powered by  QUADRIGA CAPITAL

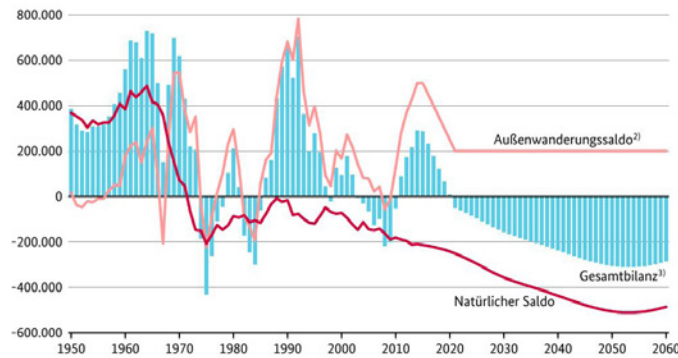
Geldpolitik

Niedrige Zinsen machen Betriebsrenten zum Risiko

Die Niedrigzinspolitik der EZB gefährdet die Betriebsrenten-Systeme deutscher Unternehmen

Deutschen und anderen europäischen Unternehmen drohen nach Erkenntnissen einer EU-Aufsichtsbehörde bei anhaltend niedrigen Zinsen milliardenschwere Belastungen aus ihren Betriebsrenten-Zusagen.

Die Versicherungs- und Pensionsfonds-Aufsicht EIOPA ermittelte in einem Stresstest eine Lücke in Pensionskassen und anderen Betriebsrenten-Systemen von bis zu 702 Milliarden Euro, wenn sinkende Zinsen mit einem Kursverfall bei Anleihen und Aktien einhergehen. Dann müssen entweder die Konzerne selbst Geld nachschießen, um die Zusagen zu erfüllen, oder die Ansprüche ihrer Mitarbeiter kürzen. Nach der Erhebung der EIOPA unter 195 Einrichtungen für die betriebliche Altersvorsorge fehlen den Pensionskassen und -fonds sogar dann europaweit 349 Milliarden



1) ab 2014: Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 2)
2) bis einschließlich 1990 früheres Bundesgebiet
3) bis einschließlich 1990 ohne Berücksichtigung der Außenwanderung der ehemaligen DDR

Komponenten der Bevölkerungsentwicklung Deutschland 1950-2060.

Grafik: BiB 2015, demografie-portal.de

Euro, wenn sich die Zinsen wie erwartet weiterentwickeln. Mehr als ein Viertel der Träger dieser Betriebsrenten-Einrichtungen könnten Probleme bekommen, ihre Zusagen zu erfüllen.

In Deutschland kommt hinzu, dass bei den Betriebsrenten bisher nur feste Leistungszusagen erlaubt sind, die an-

gesichts der niedrigen Zinsen immer schwerer einzuhalten sind. Erst von 2018 an sind reine Beitragszusagen möglich, bei der sich der Arbeitgeber nicht vorab auf die Höhe der Rente festlegt. Das helfe den Unternehmen aber nicht dabei, die Garantien aus der Vergangenheit zu bewältigen, warnte die BaFin.

Der deutsche Mittelstand – und hier insbesondere Unternehmen, die ihre Bilanz nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches aufstellen – leidet

besonders unter den niedrigen Zinsen, weil diese die Finanzierungskosten für Betriebsrenten stark steigen lassen.

Auch das vor kurzem verabschiedete Betriebsrentenstärkungsgesetz dürfte daran nichts ändern. 18 Prozent der von der Versicherung Generali befragten Unternehmen des Mittelstandes schließen

Analyse

Deutsche Industrie fährt Produktion überraschend zurück

Die deutschen Unternehmen haben ihre Produktion im Oktober trotz gut gefüllter Auftragsbücher so kräftig gedrosselt wie seit zehn Monaten nicht mehr. Industrie, Baubranche und Energieversorger stellten zusammen 1,4 Prozent weniger her als im Vormonat, wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte. Von Reuters befragte Ökonomen hatten hingegen mit einem Anstieg von 1,0 Prozent gerechnet, nachdem es bereits im September einen Rückgang von 0,9 Prozent gegeben hatte.

Die Industrie allein fuhr ihre Produktion im Oktober um 2,0 Prozent herunter. Der Aufwärtstrend könnte aber wieder aufgenommen werden, sammelten die Betriebe doch zuletzt drei Monate in Folge mehr Aufträge ein. Die Energieversorger

fuhren ihre Erzeugung hingegen um 5,1 Prozent nach oben. Das Baugewerbe dämpfte seine Produktion um 1,3 Prozent.

Das Ministerium bemühte sich, die Entwicklung mit Sondereffekten zu begründen. „Im Oktober dürften hierzu Brückentage wesentlich beigetragen haben“, hieß es. Da sowohl der Tag der deutschen Einheit als auch der diesmal bundesweit begangene Reformationstag auf einen Dienstag fielen, blieben viele Werke auch an den Montagen geschlossen. „Die günstige Auftragslage und vor allem die optimistischeren Geschäftserwartungen sprechen jedoch für eine Fortsetzung der guten Industriekonjunktur“, betonte das Ministerium.

„Der erneute Produktionsrückgang ist eine Enttäuschung – gerade angesichts der

hohen Auftragseingänge. Limitierender Faktor bei der Produktion ist vor allem der Fachkräftemangel. Laut DIHK-Konjunkturumfrage sieht mehr als jedes zweite Industrieunternehmen hierin ein Risiko für seine Geschäftsentwicklung“, sagte eine Analystin des Deutschen Industrie- und Handelskammertages.

Auch die deutschen Exporte sind im Oktober überraschend den zweiten Monat in Folge gesunken. Sie schrumpften erneut um 0,4 Prozent im Vergleich zum Vormonat, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Von Reuters befragte Ökonomen hatten dagegen mit einem Wachstum von 1,0 Prozent gerechnet. Die Importe zogen dagegen überraschend deutlich an, und zwar um 1,8 Prozent.

einen Ausbau der eigenen Betriebsrente bereits jetzt aus. Nur 17 Prozent der Befragten sagen zu, auf die Gesetzesnovelle positiv zu reagieren und das eigene Angebot zu erweitern.

Etwa 32 Prozent der deutschen Arbeitnehmer nutzen die betriebliche Altersvorsorge. Dabei gibt es große regionale Unterschiede. In Hamburg und im Saarland nutzen 43 Prozent der Befragten einer Studie zufolge das Modell, in Mecklenburg-Vorpommern aber nur 6 Prozent. Relativ weitverbreitet ist die

betriebliche Altersvorsorge in Hessen (39 Prozent), Bremen (36 Prozent) und Baden-Württemberg (35 Prozent).

In allen Fällen drohe die Konjunktur Schaden zu nehmen, warnte EIOPA-Chef Gabriel Bernardino. „Die jüngeren Generationen dürfen nicht darunter leiden und unverhältnismäßige Belastungen tragen müssen, nur weil heute nicht das Notwendige getan wird“, sagte er. Auch die deutsche Finanzaufsicht BaFin forderte die Unternehmen auf, schnell auf die Herausforderungen zu

reagieren. Einige Pensionskassen könnten in den nächsten Jahren in Schieflage kommen, wenn sie nicht frisches Geld bekämen – entweder von den Arbeitgebern oder deren Aktionären, erklärte der oberste Versicherungsaufseher der BaFin, Frank Grund. „Aus Sicht der BaFin ist es daher wichtig, dass die Pensionskassen die potenziellen externen Geldgeber frühzeitig einbeziehen, um für alle Beteiligten möglichst wirksame und effiziente Lösungen zu finden.“

Finanzen

Deutschlands Mittelschicht ist hoch verschuldet

Die deutsche Mittelschicht ist hoch verschuldet und muss weiter steigende Verbindlichkeiten schultern

Trotz der seit Jahren guten Konjunktur stehen immer mehr Privatpersonen finanziell schlecht da. Gut 6,9 Millionen Erwachsene – und damit rund 65.000 mehr als im Vorjahr – haben Probleme, ihre Rechnungen und Kredite zu bezahlen, wie aus dem veröffentlichten SchuldnerAtlas Deutschland der Wirtschaftsankunftei Creditreform hervorgeht.

Zum Stichtag 1. Oktober 2017 stieg die Überschuldungsquote auf 10,04 Prozent und damit zum vierten Mal in Folge. „Obwohl die deutsche Wirtschaft seit etwa 2011 ‚brummt‘ und von Rekord zu Rekord eilt, fühlen sich immer mehr Menschen von der ökonomischen Aufwärtsentwicklung abgekoppelt“, erklärte Creditreform.

Wegen der guten Konjunkturlage spielen Arbeitslosigkeit und eine gescheiterte Selbstständigkeit als Auslöser bei der Überschuldung zuletzt keine so große Rolle mehr. Deutlich zugenommen hätten dagegen die Gründe Erkrankung, Sucht, Unfall oder eine sogenannte „unwirtschaftliche Haushaltsführung“. Diese bildet laut Studie oft „schleichend den Einstieg in eine Überschuldungsspirale“. Für die nahe Zukunft rechnet Creditreform trotz der positiven Wirtschaftslage nicht mit einer nachhaltigen Entspannung. „Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass die Überschuldungszahlen weiter steigen werden.“

Experten unterscheiden zwischen einer „harten“ Überschuldung – etwa bei einer Privatinsolvenz – oder einer „weichen“



Ein 50-Euro-Schein.

Foto: dpa

Überschuldung, wenn mehrere Rechnungen nicht bezahlt werden können. Die Spanne, mit der Personen in der Kreide stehen, reicht von 7.500 Euro bei unter 25-Jährigen bis 46.400 Euro bei 60- bis 65-Jährigen. Die durchschnittliche Schuldenhöhe liegt laut Creditreform bei 31.610 Euro.

Am höchsten ist die Überschuldung in Bremen (knapp 14 Prozent) und Sachsen-Anhalt (12,7 Prozent), am niedrigsten im wirtschaftlich starken Süden Bayern (7,5 Prozent) und Baden-Württemberg (8,3 Prozent). Männer sind der Untersuchung

zufolge stärker überschuldet als Frauen. Die meisten Geldprobleme haben 30- bis 39-Jährige, von denen fast jeder Fünfte als überschuldet gilt. Die Finanzprobleme älterer Menschen nehmen zwar leicht zu, allerdings auf vergleichsweise niedrigem Niveau.

Zudem ist zunehmend die Mittelschicht betroffen. „Auch in diesem Jahr stammen fast alle neuen Überschuldungsfälle aus der ‚Mitte der Gesellschaft‘“, hieß es. Hingegen habe sowohl die Zahl der Fälle aus den „gehobeneren“ wie auch aus den „unteren Schichten“ leicht abgenommen.

Konjunktur

Euler Hermes: Wachstum im Welthandel verliert an Schwung

Der Kreditversicherer Euler Hermes rechnet mit einer Verlangsamung im Welthandel

Der Welthandel wächst nach Einschätzung des Kreditversicherers Euler Hermes derzeit erheblich langsamer als in den Jahren vor der Finanzkrise 2008. Verantwortlich dafür machte der Versicherer in einer veröffentlichten Studie vor allem wachsende Abschottungstendenzen. Für die deutschen Exporteure allerdings sind die Fachleute zuversichtlich. Sie rechnen mit einem Anstieg des Handelsvolumens von zusammen 250 Milliarden US-Dollar in diesem und dem nächsten Jahr. Das wäre Rang zwei hinter China und noch vor den USA. Der viel kritisierte deutsche Leistungsbilanzüberschuss werde dieses Jahr leicht auf 7,6 Prozent der Wirtschaftsleistung nach 8,3 Prozent im Vorjahr sinken – aber sehr hoch bleiben.

Beim weltweiten Handelsvolumen rechnen die Experten in diesem Jahr mit einem Plus von 4,3 Prozent und 2018 von 3,9 Prozent. In Handelswerten gerechnet sollte die Steigerung 7,5 Prozent im diesem und 6,3 Prozent im nächsten Jahr erreichen. Im Zeitraum 2003 bis 2007 lagen die durchschnittlichen Zuwächse pro Jahr noch weit höher: gemessen am Volumen bei acht Prozent und gemessen am Wert bei 16 Prozent.

Hinter dem tendenziellen Abflauen des Wachstums im Welthandel sehen die



Die deutschen Exporte steigen weiter.

Foto: dpa

Analysten vor allem drei Faktoren. So sei die Zahl protektionistischer Maßnahmen hoch und steige noch weiter. Allein im laufenden Jahr würden 400 neue solcher Maßnahmen erwartet. In den USA gebe es mit 87 neuen Handelshürden bis Ende November schon mehr als im Gesamtjahr 2016 mit 84. Hauptbetroffene seien China und das Nachbarland Kanada.

Zudem bremsen ein erschwerter Zugang zu Finanzmitteln den Welthandel.

Hinzu kämen geopolitische Sorgen, wie belastete Beziehungen zu Russland, die zähen Brexit-Verhandlungen sowie die Spannungen im Nahen Osten. „Ein zunehmender Finanz- und Handelsprotektionismus in Verbindung mit steigenden Zinsen in einem beunruhigenden geopolitischen Umfeld lassen steigende Handelskosten erwarten“, erklärte der Versicherer.

Politik

USA verhängen Sanktionen gegen zwei deutsche Unternehmen

Im Zuge der US-Sanktionen gegen den Iran sind auch zwei deutsche Unternehmen betroffen

Das US-Finanzministerium kündigte eine Reihe neuer Sanktionen gegen zwei Iraner und vier Unternehmen an. Diese sollen an der Produktion von gefälschten jemenitischen Riyal beteiligt gewesen sein. Zwei der vier sanktionierten Unternehmen sollen aus Deutschland stammen. Eigentümer seien demnach der Iraner Reza Heidari sowie eine andere Person, die in seinem Auftrag handelte. Bei den betroffenen Firmen handelt es sich um die ForEnt Technik GmbH und das Printing Trade Center GmbH

(PTC). Beide sollen Teil der iranischen Revolutionsgarden (PASDARAN) sein.

Die beiden deutschen Firmen wurden als „Scheingesellschaften eingesetzt, um europäische Lieferanten zu täuschen, Exportbeschränkungen zu umgehen und fortschrittliche Druckmaschinen, Sicherheits-Druckmaschinen und Rohstoffe zu erwerben“, so das US-Finanzministerium in einer Mitteilung. Damit sollte die Geldfälschung bewerkstelligt werden.



US-Präsident Donald Trump mit Finanzminister Steven Mnuchin.

Foto: dpa

US-Finanzminister Stephen Mnuchin meint, dass die PASDARAN „ihr Engagement in der iranischen Wirtschaft verschleiern und sich hinter der Fassade legitimer Unternehmen verbergen, um ihre schändlichen Ziele durchzusetzen“. Jeder, der Handel mit dem Iran betreibt, sei „ernsthaften Risiken“ ausgesetzt. Das habe dieser Fall gezeigt.

Die US-Regierung will die PASDARAN künftig wie eine Terrororganisation behan-

deln. Das Finanzministerium meldete bereits im Oktober 2017, dass Sanktionen gegen die PASDARAN verhängt werden sollen. Der Schritt gehört zur neuen Iran-Strategie von US-Präsident Donald Trump. Die Finanzsanktionen sind Bestandteil eines Dekrets, mit dem die US-Regierung gegen terroristische Gruppen vorgehen kann.

„Ich ermächtige das Finanzministerium, das gesamte Korps der islamischen Revolu-

tionsgarden für seine Unterstützung des Terrorismus weiter zu sanktionieren und Sanktionen gegen seine Beamten, Agenten und Mitglieder zu verhängen (...). Ich fordere unsere Verbündeten auf, sich uns anzuschließen und starke Maßnahmen zu ergreifen, um das anhaltende gefährliche und destabilisierende Verhalten des Irans einzudämmen“, zitiert Bloomberg Trump.

E-Mobilität

China ist einziger Wachstumsmarkt für deutsche Autobauer

Nur in China erzielen die deutschen Autobauer ein Absatzwachstum. In den anderen Großregionen herrscht Stagnation



Das Firmenschild eines Volkswagen Autohauses in der Nähe von Shanghai. Foto: dpa

Quartal, dahinter folgte General Motors mit einer Million Autos.

Die gute Entwicklung in China führe zwar zu einer gestiegenen Abhängigkeit von diesem Einzelmarkt, erklärte EY-Experte Peter Fuß, trotzdem sei es für die deutschen Unternehmen „essenziell“, in China „ganz vorn dabei zu sein“. Das Land entwickle sich zum weltweiten Leitmarkt für Elektromobilität und vernetztes Fahren.

Volkswagen investiert in China massiv in neue Elektroautos, um die staatlich verordnete Quote zu erfüllen. In den nächsten sieben Jahren werde der Konzern auf dem weltgrößten Automarkt zehn Milliarden Euro in die Entwicklung neuer, batteriebetriebener Autos und Hybridfahrzeuge stecken, kündigte China-Chef Jochem Heizmann vor der Automesse in Guangzhou an, wie Reuters berichtet. Davon sollen allein in den nächsten zwei bis drei Jahren 15 Modelle auf den Markt kommen, weitere 25 seien bis zum Jahr 2025 geplant. Alle Autobauer stecken derzeit viel Geld in die Entwicklung sogenannter New Energy Vehicles (NEVs), um die von China ab 2019 verlangte Quote für Elektroautos einzuhalten.

Um das zu schaffen, will Volkswagen den Verkauf von E-Mobilen bis 2020 auf jährlich 400.000 Stück hochschrauben, fünf Jahre später sollen es 1,5 Millionen im

Jahr sein. Die Fahrzeuge sollen eine Reichweite zwischen 400 und 600 Kilometern haben. Zum Vergleich: Das Flaggschiff Model S des US-Elektroautobauers Tesla kommt mit einer Batterieladung fast 500 Kilometer weit und kann je nach Akkukapazität sogar mehr als 600 Kilometer schaffen.

Heizmann zeigte sich zuversichtlich, dass Volkswagen die staatlich verordnete Elektroauto-Quote zusammen mit seinen Partnern erfüllen werde. Diese sieht vor, dass 2019 zehn Prozent des Jahresabsatzes der Hersteller aus E- und Hybrid-Fahrzeugen bestehen. 2020 soll diese Quote auf zwölf Prozent steigen. Verfehlen Hersteller die Hürde, müssen sie Kreditpunkte erwerben. Der US-Autobauer General Motors hatte erst kürzlich angekündigt, er werde die Vorgaben mindestens erreichen, wenn nicht sogar übertreffen.

Nach Protesten von Automobilunternehmen hatte die chinesische Regierung die Quote abgeschwächt.

Fraglich ist, ob sich Volkswagens angekündigtes umfangreiches Engagement im Bereich der Elektroautos überhaupt praktisch umsetzen lässt. Insbesondere Engpässe bei wichtigen Industrierohstoffen wie Lithium und Kobalt – die für die Batterieherstellung unabdingbar sind – könnten die Pläne durchkreuzen. Kürzlich scheiterte VW damit, eine fünfjährige Lieferbeziehung für Kobalt mit Minenbetreibern zu schließen, weil diese damit rechnen, dass der Kobaltpreis in Zukunft noch massiv steigen wird.

Der Markt in China hat für deutsche Autobauer einer Analyse zufolge das dritte Quartal gerettet. Das Land sei „längst der wichtigste Markt“ für Volkswagen, BMW und Daimler, erklärte die Beratungsgesellschaft EY laut AFP. Demnach verkauften die Hersteller im dritten Quartal mehr als jedes dritte Auto (34 Prozent) in China – das ist der bislang höchste Wert. Im Jahr 2010 waren es 23 Prozent. In Westeuropa stagnierte der Absatz der deutschen Konzerne im dritten Quartal hingegen, wie EY analysiert. In den USA gingen die Verkäufe um ein Prozent zurück.

Die deutschen Konzerne konnten damit ihren Quartalsabsatz in China um insgesamt neun Prozent steigern, wie die EY-Untersuchung der 16 weltgrößten Autokonzerne ergab. VW verteidigte der Untersuchung zufolge zudem seine Marktführerposition in China und verkaufte 1,1 Millionen Autos im dritten

Innovation

Biotechnik: Forscher drucken mit lebendem Material

Forscher entwickeln eine biokompatible Tinte mit lebenden Bakterien für den 3D-Druck

Es gibt bald nichts mehr, das nicht im 3D-Druck hergestellt werden kann. Bei den Materialien, die dafür verwendet werden, handelte es sich aber bisher um „tote Materie“ wie Kunststoffe oder Metalle.

Nun stellt eine Gruppe von ETH-Forschern um Professor André Studart, Leiter des Labors für Komplexe Materialien, eine neue 3D-Druckplattform vor, die mit lebender Materie arbeitet. Die Forscher entwickelten eine Tinte, die Bakterien enthält. Damit lassen sich biochemische Minifabriken mit unterschiedlichen Funktionalitäten drucken, je nachdem, welche Bakterienarten die Forscher in der Tinte einsetzen.

Eigenschaften von Bakterien nutzen

In ihrer Arbeit verwendeten Studarts Mitarbeiter Patrick Rühls und Manuel Schaffner die Bakterienarten *Pseudomonas putida* und *Acetobacter xylinum*. Die erste Art kann das giftige Phenol, das die chemische Industrie im großen Stil produziert, abbauen. Die zweite Art sondert hochreine Nano-Zellulose ab. Die bakterielle Zellulose wirkt schmerzlindernd, hält feucht und ist stabil. Sie könnte daher bei Brandverletzungen verwendet werden.

Die neue Druckplattform der ETH-Forscher bietet zahlreiche Kombinationsmöglichkeiten. So können die Wissenschaftler in einem Durchlauf bis zu vier verschiedene Tinten mit unterschiedlichen Bakterienarten in unterschiedlichen Konzentrationen verwenden, um damit Objekte mit mehreren Funktionen herzustellen.

Die Tinte besteht aus einem biokompatiblen und strukturgebenden Hydrogel. Dieses beinhaltet Hyaluronsäure, langkettige Zuckermoleküle sowie Kieselsäure. Das Nährmedium der Bakterien wird der Tinte

beigemischt, sodass die Bakterien alles haben, leben zu können. In dieses Hydrogel können die Forscher die Bakterien mit den gewünschten Eigenschaften beimengen und schließlich beliebige dreidimensionale Strukturen drucken.

Viskos wie Zahnpasta

Bei der Entwicklung des bakterienhaltigen Hydrogels waren dessen Fließeigenschaften eine besondere Herausforderung. So muss die Tinte ausreichend fließen können, damit sie sich durch die Druckdüse pressen lässt. Je fester die Tinte, desto schlechter können sich die Bakterien in ihr bewegen und desto weniger produktiv sind sie. Gleichzeitig müssen die ausgedruckten Formen stabil genug sein, damit sie das Gewicht von weiteren Lagen tragen. „Die Tinte muss so viskos wie Zahnpasta sein und die Konsistenz von Nivea-Handcreme

zu drucken, ist enorm, weil die Vielfalt an nützlichen Bakterien sehr groß ist“, sagt Rühls. Dass bislang kaum jemand bei additiven Verfahren mit Bakterien gearbeitet hat, führt er auf den schlechten Ruf der Mikroorganismen zurück. „Die meisten Menschen bringen Bakterien nur mit Krankheiten in Verbindung. Dabei könnten wir ohne sie gar nicht leben“, betont er. Die Forscher halten ihre neue Tinte zudem für komplett unbedenklich. Die verwendeten Bakterien sind allesamt harmlos und nützlich.

Giftstoffsensor und Ölpestfilter

Neben medizinischen und biotechnologischen Anwendungen können sich die Forscher viele weitere nützliche Anwendungen vorstellen. So lassen sich mit solchen Objekten beispielsweise Abbauprozesse oder die Entstehung von Biofilmen untersuchen. Eine praktische Anwendung wäre ein 3D-gedruckter Sensor mit Bakterien, welcher Giftstoffe im Trinkwasser anzeigen würde. Denkbar sind auch bakterienhaltige Filter, die bei Ölkatastrophen zum Einsatz kommen. Herausforderungen sind derzeit die lange Druckzeit und die schwierige Skalierbarkeit. Um Zellulose für biomedizinische Anwendungen zu erzeugen, braucht *Acetobacter* derzeit mehrere Tage. Die Wissenschaftler sind jedoch überzeugt, dass sie die Prozesse noch optimieren und beschleunigen können.

Die Entwicklung spezieller Materialien für den 3D-Druck ist eine Spezialität der Forschungsgruppe von ETH-Professor André Studart. So haben er und sein Team auch eine druckfähige, hochporöse Tinte aus Keramik entwickelt, mit der sich sehr leichte knochenartige Strukturen für die Energiegewinnung drucken lassen.



Bakterienhaltige Tinte lässt sich auch auf eine komplexe dreidimensionale Oberfläche wie diesen Puppenkopf drucken. Foto: Labor für komplexe Materialien / ETH Zürich

haben“, fasst Schaffner das Erfolgsrezept zusammen. Ihr neues Druckmaterial nannten die Wissenschaftler „Flink“, was für „functional living ink“ steht.

Enormes Potential

Die Forschung steht erst am Anfang. „Das Potenzial, mit bakterienhaltigen Hydrogels